

Niederschrift

zur 9. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 05.03.2020	18.30-21.50 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Uwe Koch ,

Fraktion DIE LINKE.

Jutta Bargenda , Peter-Martin Mattigk , Gerold Sachse , Stephan Wende ,

CDU-Fraktion

Karin Lehmann , Wolfgang Petenati ,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Kai Hamacher , Christina Krüger , Nancy Krüger ,

SPD-Fraktion

Dr. Dr. Franz H. Berger , Juliane Meyer , Sebastian Rausch , Elke Wagner bis 21.38 Uhr,

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink , Petra Schumann ,

Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich , Enrico Biagini , Axel Fachtan , Jürgen Gebauer , Rolf Peter Hooge ,

Bürgermeister

Matthias Rudolph ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter Apitz , Cornelia Behrmann , Bernd Saliter ,

Fraktionsloser Abgeordneter

Thomas Apitz ,

Verwaltung

Melanie Brückner , Franka Koch , Anke Marggraf , Christfried Tschepe , Stefan Wichary ,

Gäste:

11 Gäste

Märkische Oderzeitung

Abwesend

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler entschuldigt,

CDU-Fraktion

Gernot Geike entschuldigt, Jürgen Teichmann entschuldigt,

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Anja Miethke entschuldigt, Sabine Niels entschuldigt,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt die Anwesenden recht herzlich.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind 27 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung zur Abstimmung gebracht. Das Statement von Herrn Fachtan, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter von der Tagesordnung zu nehmen, kann nicht berücksichtigt werden. Gemäß § 35 der Brandenb. Kommunalverfassung (2), TOP dürfen nur mit Zustimmung der Person oder Personengruppe, die die Aufnahme des TOP veranlasst hat, abgesetzt werden, trifft hier zu.

Die DS 7/111 steht nicht auf der TO der heutigen Sitzung. Sie wird in der nächsten Sitzung am 2.4. behandelt. Ein entsprechender Antrag des OB Heidebrand zur Aufnahme in die heutige Sitzung kann aufgrund der Brandenb. Kommunalverfassung (2) Die TO kann in der Sitzung durch Beschluss erweitert werden, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, die keinen Aufschub duldet, trifft hier zu. Eine Eilbedürftigkeit liegt in der Sache nicht vor.

Zustimmung Ja 19 Nein 6 Enthaltung 3 Befangen 0

TOP 4 Niederschrift

Zur Niederschrift vom 24.02.2020 gibt es keine Einreden.

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Herr Koch nimmt aufgrund einer Anfrage von Herrn Peter Apitz, der im Raum der Stille am Bernhardinum zum 27. Januar nicht teilnehmen konnte, kurz Stellung. Er berichtet, dass die Ehrung der Opfer des Nationalsozialismus in diesem Jahr in einem sehr würdigen Rahmen stattfand, leider nicht barrierefrei zugänglich war. Nichtsdestotrotz soll das Format, jedes Jahr einen anderen geeigneten Raum zu finden, beibehalten werden. In diesem Jahr stand im Bernhardinum leider nicht Mensa kurzfristig nicht zur Verfügung, die ursprünglich zunächst für diese Veranstaltung reserviert war.

Herr Koch berichtet, dass sich am 8. Mai 2020 der 75. Jahrestag der Befreiung jährt. In diesem Rahmen soll die feierliche Einweihung der neu gestalteten Kriegsgräberstätte auf dem Ottomarscher Platz stattfinden. Mit bei dieser Veranstaltung sind auch Vertreter der Russischen Botschaft. Er bittet, sich diesen Termin schon vorzumerken.

Herr Koch geht auch noch einmal auf die von einigen Fraktionen kritisierte neue Sitzordnung ein. Er bittet, auf die Problematik in der nächsten Fraktionsvorsitzendenrunde einzugehen (26.3.2020).

TOP 6 Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister geht auf den Startschuss der 30. Brandenburgischen Frauenwoche ein. Am 10.3.2020 ist er zum „Frauenfrühstück“ eingeladen.

Herr Rudolph berichtet zum 140jährigen Bestehen der freiwilligen Feuerwehr, das mit einem Festakt im Haus Seeblick in Trebus gewürdigt wurde. Anwesend waren u.a. der zuständige Staatssekretär sowie zahlreiche andere Gäste.

Herr Rudolph informiert, dass die Interessensgruppe in Kooperation mit den Braufreunden, dem Wirtschaftsförderverein, dem Tourismusbüro etc. heute den 2. Preis im Wettbewerb „City-Offensive“ der IHK gewonnen hat. Der Preis ist mit 7.000 € für das diesjährige Erntefest dotiert.

Zum Haus Brandenburg informiert Herr Rudolph über ein Gespräch mit dem OB Frankfurt (Oder) und ein Gespräch mit Herrn Hoffrichter und Herr von Sennen. Dort gab es die Vereinbarung, gemeinsam in Potsdam für den Verbleib des Hauses Brandenburg in unserer Stadt zu werben.

Gegenüber Herrn Wilke hat er signalisiert und das war neu für den OB, was der Wegzug aus Fürstenwalde bedeutet. Herr Rudolph hat bekräftigt, dass die Stadt Fürstenwalde/Spree großes Interesse daran, den bisherigen Standort zu halten.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Herr Andreas Pfeiffer (mit der Aufzeichnung und Wiedergabe einverstanden) merkt an, dass der Durchgang am Haus am Schwan in den Abendstunden verschlossen wird. Er erfragt den Grund und die regelmäßigen Schließzeiten.

Herr Tschepe weiß um die Schließzeiten und wird die genauen Zeiten noch mitteilen.

Zum anderen hofft er, dass der Grundsatzbeschluss über die Vorplanung für das Bauvorhaben Geh- und Radweg, zwei Bushaltestellen sowie eine Mittelinsel als Querungsstelle an der L38 Hangelsberger Chaussee auf der TO der nächsten SV stehen wird.

Das sagt der Vorsitzende zu.

Drittens gibt er den Hinweis, dass die von ihm mit dem Fahrrad befahrenen Straßen Leistikowstr./E.-Weinert-Straße/R.-Breitscheidstraße zur Fahrradbrücke stark und zu schnell von Pkws und Lkws befahren werden.

Herr Tschepe dankt für den Hinweis, bislang ist das Thema der Nichteinhaltung zulässiger Höchstgeschwindigkeiten allgemein in der Stadt bekannt, jedoch im genannten Bereich neu.

TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 8.1 Programm der Städtebauförderung "Soziale Stadt", hier: VertreterIn 7/DS/110 der Stadtverordneten im Beschlussgremium zum Verfügungsfonds (Quartiersrat)

Herr Thomas Apitz dankt für Nominierung, in den Quartiersrat gewählt zu werden. Allerdings zeichnet sich ab, dass eine Mehrheit nur mit den Stimmen der demokratischen Fraktionen nicht ausreichen wird. Ein Wahlsieg jedoch mit den Stimmen der AfD-Fraktion, kann er weder sich noch seiner Partei zumuten. Insofern zieht er sein Einverständnis zur Kandidatur zurück.

Damit stehen zur Wahl als Stellvertreterin der Stadt Frau Elke Wagner und als ihr Stellvertreter Herr Stephan Wende.

Der Vorsitzende fragt, ob mit Beschluss auf eine geheime Wahl verzichtet werden kann.

Aufgrund dessen, dass es hierzu keine einstimmige Zustimmung gibt, wird die geheime Wahl vorbereitet.

TOP 8.1.1 Wahl einer/eines Vertreterin/Vertreters in den Quartiersrat und einer/eines Stellvertreterin/Stellvertreters

Die Anwesenden verständigen sich darauf, die Wahlkommission, die zur konstituierenden Sitzung der SV eingesetzt wurde, zu benennen:

Karin Lehmann, Petra Schumann, Axel Fachtan, Christian Dippe, Dr. Dr. Franz Berger, Peter Mattigk und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen benennt Cornelia Behrmann.

Diese Mitglieder hatten Herrn Christian Dippe zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

Die Wahlzettel mit dem Namen Elke Wagner und der Möglichkeit, ja oder nein anzukreuzen, werden für den 1. Wahldurchgang verteilt. Eine Wahlkabine und eine (zunächst leere) Wahlurne stehen zur Verfügung.

Die Wahl wird durchgeführt und nachdem der Wahlleiter sie dann für beendet erklärt, wird ausgezählt.

Das Wahlergebnis lautet: 15 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 1 ungültige Stimme

Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer die Stimmen der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder der Gemeindevertretung erhält.

Dieses Ergebnis konnte im 1. Wahlgang nicht erreicht werden. Somit wird erneut gewählt.

Nachdem diese Stimmen ausgezählt sind, gibt es durch den Wahlleiter zu verkünden:

Frau Elke Wagner ist mit 16 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen gewählt.

Frau Wagner erklärt, die Wahl anzunehmen.

Nunmehr wird ihr Stellvertreter gewählt, denn auch hier gibt es keinen einstimmigen Beschluss zum Verzicht auf eine geheime Wahl.

Es sind Wahlzettel mit dem Namen Stephan Wende, Ja oder Nein, vorbereitet.

Wieder tritt die Wahlkommission zusammen und die Wahl wird durchgeführt.

Der Wahlleiter verkündet nach Beendigung des Wahlgangs und der Auszählung:

Herr Stephan Wende ist mit 20 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen gewählt.

Er erklärt, die Wahl anzunehmen.

TOP 8.2 Benennung von Anträgen für nachfolgende Sitzungen

TOP 8.2.1 Antrag der FDP-Fraktion: Errichtung von Wohnmobil-Stellplätzen auf 7/AN/129 dem Spree-Parkplatz (August-Bebel-Straße)

Verweisung in die Fachausschüsse

TOP 8.2.2 Antrag der FDP-Fraktion: Anpassung des Sitzungsgeldes für sachkundige EinwohnerInnen an die gesetzlich vorgegebene Grenze der Kommunalaufwandsentschädigungsverordnung (Änderung der Satzung über Aufwandsentschädigung der Stadt Fürstenwalde/Spree) 7/AN/130

Verweisung in die Fachausschüsse

TOP 8.3 Antrag der SPD-Fraktion: Erstellung eines Veranstaltungsflyers zur 7/AN/137 Brandenburgischen Seniorenwoche 2020

Frau Meyer wirbt für den Antrag, auch die Brandenburgische Seniorenwoche so zu bewerben, wie es z.B. in ansprechender Art und Weise für die Brandenburgische Frauenwoche geschieht. Der sehr engagierte Seniorenbeirat sollte so unterstützt, gewertschätzt und zugleich finanziell entlastet

werden, denn das kleine Budget wird für Fahrt- und Veranstaltungskosten (keine Werbemittel) eingesetzt.

Herr Wichary führt aus, dass die Brandenburgische Seniorenwoche vom 14. bis 21.6.2020 und die Festveranstaltung dazu am 12.6.2020 (Brauereikeller) stattfindet. Die Eröffnungsveranstaltung des Landes findet am 13.6.2020 statt. Er berichtet, dass die Seniorenwoche seit Jahren mit einer A4-Seite und Aushängen beworben wird, ein wie Herr Karbe, Vorsitzender des Seniorenbeirates, später bestätigt, gut genutztes und völlig ausreichendes Format. Die Seniorenwoche hat konstant 10 bis 11 Veranstaltungen, die Brandenburgische Frauenwoche über 30 Veranstaltungen. Einen vergleichbaren Flyer zu erstellen, wäre deshalb schwierig. Außerdem sind die Veranstaltungen zur Seniorenwoche noch nicht bekannt, die Abfrage läuft bis Ende März.

Er empfiehlt die Beratung im Fachausschuss und die Einholung einer Stellungnahme des Seniorenbeirates, da diese Problematik dort noch nicht thematisiert oder an ihn herangetragen wurden.

Herr Karbe äußert sich zu dem Handzettel, der die Veranstaltungen der Seniorenwoche bewirbt und meint, dass die SeniorenInnen nicht mehr als diese kurze Übersicht benötigen, um sich für oder gegen den Besuch einer Veranstaltung zu entscheiden.

Frau Meyer beantragt eine kurze Beratungspause. Dem wird entsprochen.

Nach der Pause gibt Frau Meyer ein Statement ab und betont, dass die Fraktion eine gute Idee verfolgt hätte, man sich jedoch nicht aufdrängen wolle. Die Fraktion zieht ihren Antrag zurück.

Zurückziehung durch die einbringende Fraktion

TOP 8.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Schaffung eines Radfahr- 7/AN/112 angebotsstreifens in der Eisenbahnstraße

Herr Peter Apitz spricht noch einmal für den in den Ausschüssen viel diskutierten Antrag. Letztlich wurde im Hauptausschuss eine Änderung der Empfehlung an die SVV erarbeitet, die eine Prüfung von Möglichkeiten zur Schaffung für mehr Sicherheit für FußgängerInnen und RadfahrerInnen beinhaltet.

Von der Fraktion DIE LINKE liegt ein Änderungsantrag vor, der die konkrete Planung für eine Umgestaltung der Eisenbahnstraße enthält. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht darin jedoch keinen Änderungsantrag, sondern vielmehr einen völligen neuen Sachverhalt, den es gesondert abzustimmen oder noch einmal im Fachausschuss zu beraten gilt.

Herr Apitz betont, dass die Fraktion sich mit ihrem Antrag auf eine zeitnahe und schnelle Lösung konzentrieren wolle.

Herr Wende vertritt die Auffassung, dass der Antrag seiner Fraktion in der gleichen Sache gestellt und nunmehr der weiterführende Antrag ist.

Die Debatten in den Ausschüssen haben gezeigt, dass der Straßenraum in der Eisenbahnstraße zu schmal ist, um Fahrradangebotsstreifen auf der Fahrbahn zu schaffen und den Antrag zu realisieren. Deshalb wirbt er für die Idee einer konzeptionellen Diskussion über die Flaniermeile Eisenbahnstraße insgesamt.

Herr Apitz widerspricht, dass es sich um einen weiterführenden Antrag handelt, er verfolgt einen ganz anderen Ansatz. Deshalb bittet die Fraktion, beide Anträge getrennt voneinander abzustimmen. Denn es geht möglichst zeitnah darum, noch vor der Fahrradsaison eine Sicherheit zu schaffen. Alles andere muss auch im Rahmen der Haushaltsdiskussion 2021 geschehen.

Herr Dippe meint, man verfolge gemeinsam ein Ziel und der Antrag der Fraktion DIE LINKE sei durchaus geeignet, Ideen zu entwickeln. Wichtig ist der BFZ-Fraktion, die Händlerschaft zu beteiligen. Für ihn hat jedoch zunächst das Jagdschloss und das Thema Wollfabrik Uferstraße oberste Priorität.

Herr Rausch möchte ebenfalls die Eisenbahnstraße als Ganzes betrachtet wissen. Insofern trifft der Antrag der Fraktion DIE LINKE durchaus auch die Intension der SPD-Fraktion. Kurzfristige Übergangslösungen sollte es nicht geben.

Allerdings wird von den Rednern eine kurze Stellungnahme zur zeitlichen Machbarkeit von der Verwaltung erwartet. Der Schutzstreifen, so Herr Rausch, wäre weiterhin in der Eisenbahnstraße nicht dazu geeignet, einen Fahrradfahrer zu überholen. Frau Wagner gibt den Hinweis auf die StVO, die generell einen 1,5 m breiten Abstand beim Überholen eines Radfahrers vorschreibt. Das ist aufgrund der schmalen Straßen deshalb gar nicht möglich, dort Radfahrer zu überholen.

Frau Behrmann berichtet, dass auch ihre Fraktion den Antrag der Fraktion DIE LINKE begrüßt. Allerdings besteht sie darauf, dass es verschiedene Paar Schuhe und deshalb getrennt voneinander zu betrachten sind. Die Eisenbahnstraße ist für fahrradfahrende Menschen einfach nicht sicher, deshalb wird hier kurzfristige Abhilfe und Erleichterung vorgeschlagen.

Der Bürgermeister unterbreitet den Vorschlag, das eine zu prüfen, ohne das andere zu lassen. Beim Straßenverkehrsamt werde man nachfragen, ob ein Fahrradstreifen in der Eisenbahnstraße sinnvoll und anzubringen ist. Die größere Aufgabe wäre es dann, die Umgestaltung der Straße in Angriff zu nehmen. Er nimmt positiv auf, dass das offensichtlich Wille einer Mehrheit in der SVV ist, dort eine gute Lösung zu finden. Wenn Konsens darüber herrscht, sollte der Faden aufgenommen und klargestellt werden, ob und wie es gewollt ist.

Herr Petenati meint, nun nach Jahren ist es geraten, die Gestaltung der Eisenbahnstraße erneut zu diskutieren.

Auch die AfD-Fraktion vertritt die Auffassung, ergebnisoffen einen Planungsauftrag an die Stadt zu erteilen.

Auf die Nachfrage von Herrn Mattigk zur Fahrbahnbreite der Eisenbahnstraße berichtet Herr Tschepe, dass die Straße einschließlich der Rinnen 4,75 m breit ist. Ein Schutzstreifen muss mindestens 1,25 m breit sein. Zur Priorisierung meint er, dass gegenwärtig vor allem an der Fertigstellung der Vorplanung im Bereich Verkehrsplanung gearbeitet wird, um diese an die zuständige Fachgruppe Bau zu übergeben. Die Grundsatzbeschlüsse zum Altstädter Platz, zur Vorplanung Mitschurinstraße ist bereits in der Übergabe, der Radweg zum Friesenstadion verschiebt sich noch etwas und neben dem Alltagsgeschäft wird an der Vorplanung im Bereich Schulzentrum Beeskower Chaussee gearbeitet sowie an der Vorplanung R.-Breitscheid-Straße und am Verladebahnhof.

Er meldet Bedenken an, das beantragte Projekt Eisenbahnstraße vorrangig voranzutreiben bzw. damit zu meinen, dass es den genannten Projekten vorgezogen werden soll.

Das ist, meint Herr Wende, so nicht gemeint. Er wird zunächst keinen Zeitrahmen vorschlagen in dem Wissen um andere wichtige Projekte, möchte aber die Eisenbahnstraße/einen Prozess zur Neugestaltung auf den Weg bringen und ihn im Blick behalten.

Herr Aplitz gibt zu bedenken, dass der Antrag der LINKS-Fraktion in der Ausführung erst für 2022/2023 zum Tragen kommt. Seine Fraktion macht kurzfristige, schnell umzusetzende Vorschläge (Sommer 2020).

Der Vorsitzende lässt nunmehr über den Antrag der Fraktion DIE LINKE. abstimmen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, konkrete Planungen für eine Umgestaltung der Eisenbahnstraße zwischen Dr.-W.-Külz-Straße/Am Stern und Seelower Straße in einen „verkehrsberuhigten Geschäftsbereich (Tempo 20-Zone) in Angriff zu nehmen und das Projekt vorrangig umzusetzen.

Eckpunkte sollen dabei sein:

- Herausnahme des Durchgangsverkehrs
- Umgestaltung der Gehwege im Hinblick auf erhöhte Aufenthaltsqualität für Fußgänger und gleichzeitige Verlagerung des Fahrradverkehrs auf die Fahrbahn
- Einrichtung einer vom Gehweg getrennten Fahrradtrasse von der Einmündung der Seelower Straße zur Unterführung

In einem zweiten Schritt, der auch abhängig ist von der Neunutzung des Grundstücks Eisenbahnstraße 118, soll die Verkehrsführung bis zum Bahnhof neu konzipiert werden.

Zustimmung mit Änderung Ja 22 Nein 4 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Prüfauftrag zur Schaffung 7/AN/113 von Radfahrerschutz- oder Angebotsstreifen im städtischen Straßennetz

Der Vorsitzende berichtet über die Beschlussempfehlung, die der Kultur- und Sozialausschuss auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. erarbeitet und einstimmig beschlossen hat.

Der Bürgermeister wird beauftragt, als ersten Schritt für das zu erstellende Radwegekonzept das städtische Straßennetz auf die Möglichkeit der Herstellung von Radfahrstreifen oder Radfahrangebotsstreifen zu prüfen.

Herr Peter Aplitz erläutert, dass es (sh. Einwohnerfragestunde) einen erhöhten Bedarf in der Stadt gibt, für Radfahrer erhöhte Sicherheit zu bieten. Deshalb soll die Prüfung von Radfahrangebotsstreifen beauftragt werden, weil das ein wichtiger Baustein für eine Verkehrskonzeption insgesamt ist. Bisher hat sich leider wenig getan.

Gegen diese Änderung gibt es keine Einreden. Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, als ersten Schritt für das zu erstellende Radwegekonzept das städtische Straßennetz auf die Möglichkeit der Herstellung von Radfahrstreifen oder Radfahrangebotsstreifen zu prüfen.

Zustimmung mit Änderung Ja 25 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0

TOP 8.6 Antrag der Ortsbeiräte auf Erhöhung der finanziellen Zuwendungen für 7/AN/115 die Ortsteile

Zustimmung mit Änderung , sh TOP 8.6.1

TOP 8.6.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Erhöhung des Ortsteilsbudgets auf 20 €

Frau Brückner fasst kurz zusammen, dass sie versucht hat, eine Deckungsquelle für den Bedarf der Ortsbeiräte zu finden.

Die Mehreinnahmen aus der Veräußerung der Ketschendorfer Feldmark können nicht herangezogen werden, weil es sich um einen Sachverhalt der laufenden Verwaltungstätigkeit handelt. Zum jetzigen Zeitpunkt der Haushaltsdurchführung sind weder Mehrerträge noch Minderaufwendungen bekannt, die zur Deckung herangezogen können.

Sie vertritt die Auffassung, dass eine Bereitstellung nur aus Haushaltsmitteln 2021 möglich ist.

Der Vorsitzende betont, dass der Vorschlag, die Ortsteile finanziell mit 20 €/Ew/Jahr auszustatten, allgemeine Zustimmung findet.

Der Bürgermeister betont wiederum, dass es keine Deckungsquelle gibt. Deshalb sollte das Budget in 2020 so bleiben wie im Haushalt eingeplant und für 2021 in die Haushaltsplanung aufgenommen werden. Möglicherweise ergeben sich im Laufe dieses Jahres noch Minderaufwendungen, dann könne man erneute Festlegungen treffen.

Herr Fischer gibt im Namen der BFZ-Fraktion ein Statement für die, zunächst von den Ortsbeiräten, beantragten 10 €/Ew ab und bittet hierfür um Unterstützung. Die Fraktion spricht sich für eine

Stärkung der Ortsbeiräte sowie für die Bildung weiterer Ortsteile (entsprechende Anträge werden angekündigt) aus.

Jedoch wird es eine Zustimmung für die Erhöhung auf 20 €/Ew nicht geben. Herr Fischer begründet diese Absage seiner Fraktion mit einer Reihe von Projekten, die im HP 2020 nicht berücksichtigt wurden (z.B. 26 Mikroskope für die S.-Jähn-Grundschule, Digitalisierung von Schulen, Schulmobiliar etc).

Herr Wende betont, dass man wissen müsste, mit welchem Haushaltsüberschuss 2019 abgeschlossen hat, denn dann wäre u.U. klar, dass die nunmehr beantragten Mittel durchaus im Jahresverlauf zur Verfügung stehen und erwirtschaftet werden.

Er wirbt für den Antrag seiner Fraktion.

Zustimmung mit Änderung Ja 17 Nein 2 Enthaltung 6

TOP 8.7 Antrag Fraktion DIE LINKE: Aufnahme unbegleiteter minderjähriger 7/AN/136 Geflüchteter aus Griechenland

Die einbringende Fraktion hat noch einige Anmerkungen zu ihrem Antrag. Herr Wende meint, Fürstenwalde hat sehr viel Erfahrung bei der Begleitung und Betreuung unbegleiteter Minderjähriger und insofern ist es richtig und wichtig, sich auch in der momentanen Situation und den katastrophalen Bedingungen an der türkisch-griechischen Grenzen einzubringen.

Die Fraktion nimmt Bezug auf die Beschlusslage im Landtag und bittet, den Antrag eindeutig zu begrüßen und dem Landkreis zu signalisieren, dass die Stadt zur Aufnahme minderjähriger Geflüchteter bereit ist, sofern der Landkreis als zuordnende Stelle auf die Stadt zukommt.

Die Stadt hat sich der Initiative „sichere Häfen“ bereits angeschlossen und nun sollte folgerichtig der nächste Schritt gegangen werden, um die Lage von Kindern und Jugendlichen in Fluchtsituation zu verbessern.

Herr Fachtan von der AfD-Fraktion vertritt die Auffassung, dass Fürstenwalde nicht dazu berufen ist, die Welt zu retten. Das Mandat ist dazu da, die Lebenssituation der Menschen in unserer Stadt zu verbessern.

Außerdem ist eine kreisangehörige Kommune nicht der Entscheidungsträger für die Zuweisung Geflüchteter und deren Betreuung noch darüber, wer die anfallenden Kosten trägt. Der Bundestag ist dafür berufen und hat einen entsprechenden Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion zurückgewiesen. Hier kann nur eine gesamteuropäische Lösung sorgen. Die Stadt Fürstenwalde darf man keinem finanziellen Risiko aussetzen.

Die Integrationsbeauftragte, Frau Hoffmann, betont, dass die menschenunwürdigen Verhältnisse an der türkisch-griechischen Grenze zutiefst betroffen machen. Im Bundestag wurden jedoch entsprechende Anträge, hier besonders schutzbedürftige Menschen aufzunehmen, abgelehnt.

Aber Innenminister Seehofer hat heute sehr deutlich signalisiert, sich grundsätzlich nicht gegen die Aufnahme von minderjährigen Geflüchteten zu stellen. Es soll eine „Koalition der Willigen“ innerhalb der EU geben, insgesamt bis zu 5.000 Kinder aufzunehmen.

Die Aufnahme von Minderjährigen, so informiert sie weiter, erfolgt durch das Jugendamt des Landkreises. Dort erfolgt die Inobhutnahme, d.h. die Stadt Fürstenwalde kann das gar nicht machen. Das ist für den Sachverhalt sehr wichtig. Die Stadt wird lediglich in Kenntnis gesetzt.

Frau Behrmann mahnt, was in unserer Kraft steht, zu tun und Menschen in Not zu helfen. Sie findet das bisherige Verhalten auch im Bundestag beschämend. Es handelt sich zumeist um Kinder, die ihre Eltern im Krieg und auf der Flucht verloren haben.

Die Stadt sollte ihren (kleinen) Teil dazu beitragen, den sie beitragen kann und nichts verdrängen, denn sie hat ihre Erfolgsgeschichte was die Unterbringung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen betrifft.

Herr Dippe versteht den Antrag als moralisches und menschliches Zeichen und unterstützt ihn. Er weist aber darauf hin, dass wir weiterdenken müssen, die Grundlagen schaffen für eine mögliche nächste Flüchtlingswelle. Darauf müssen wir uns perspektivisch vorbereiten. Dafür fehlt es ihm im Integrationskonzept an Untersetzungen.

Herr Mattigk appelliert, ein Symbol in die Welt zu setzen, so wie es andere Städte heute auch getan haben.

Nunmehr wird darüber abgestimmt, dass die Stadt sich gegenüber dem Landkreis als zuständigem Aufgabenträger bereiterklärt, sich auf Bitten des LOS minderjährige Geflüchtete aus griechischen Lagern zuweisen zu lassen.

Zustimmung mit Änderung Ja 22 Nein 5 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.8 Neubesetzung eines Aufsichtsratssitzes in der Bürgerhaus"Fürstenwalder Hof" - Kultur und Freizeit GmbH und der Fürstengalerie GmbH 7/DS/131

Es besteht kein Diskussions- und Erläuterungsbedarf.

Beschluss:

1. Aus dem Aufsichtsrat der Bürgerhaus „Fürstenwalder Hof“ – Kultur und Freizeit GmbH wird Frau Cornelia Behrmann mit Wirkung ab dem 05. März 2020 abberufen.
2. In den Aufsichtsrat der Bürgerhaus „Fürstenwalder Hof“ – Kultur und Freizeit GmbH wird Herr Bernd Saliter mit Wirkung ab dem 05. März 2020 berufen.
3. In den Aufsichtsrat der Fürstengalerie GmbH wird Frau Cornelia Behrmann mit Wirkung ab dem 05. März 2020 berufen.

Zustimmung Ja 26 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.9 Aufhebung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Fürstenwalde/Spree zum Auflassen von Skylaternen 7/DS/128

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufhebung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Fürstenwalde zum Auflassen von Skylaternen.

Zustimmung Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.10 Bebauungsplan Nr. 54 „Windenergiepark am Schanzengrabenberg" 7/DS/119 hier: Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses

Mit der Änderung des sachlichen Teilregionalplanes ist die Nutzung dieses Gebietes für Windenergie nicht mehr möglich, die vorhandenen Anlagen haben Bestandsschutz.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 54 „Windenergienutzung am Schanzengrabenberg“ vom 11.03.2004, geändert durch den Beschluss vom 28.10.2004 zur Änderung des Geltungsbereiches und des Ziels der Planung, zur Korrektur der Benennung und zur Durchführung des Verfahrens nach den Vorschriften des durch das EAG Bau vom 24.06.2004 geänderten Baugesetzbuches für den Bereich der Flurstücke 155 teilweise, 156 teilweise, 159, 160 teilweise, 161, 162, 163 teilweise, 164 teilweise, 165, 196 teilweise, 197 teilweise der Flur 35, Gemarkung Fürstenwalde/Spree.

Zustimmung Ja 25 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 8.11 Satzung über die Erhaltung, die Pflege und den Schutz von Bäumen in 7/DS/120 der Stadt Fürstenwalde/Spree Hier: 1. Änderungssatzung

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die anliegende 1. Änderungssatzung über die Erhaltung, die Pflege und den Schutz von Bäumen in der Stadt Fürstenwalde/Spree (Baumschutzsatzung Fürstenwalde/Spree) und beauftragt den Bürgermeister, sie öffentlich bekannt zu machen.

Zustimmung Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.12 Grundsatzbeschluss zur Freiflächenplanung (Vorplanung) Ketschendorfer Feldmark II 7/DS/121**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung billigt die Vorplanung zur Freiflächengestaltung der Grünfläche „Ketschendorfer Feldmark II“ (Gesamtbaukosten rund 160.000 €) und beauftragt den Bürgermeister, die für den Ausführungsbeschluss erforderlichen Leistungsphasen zu beauftragen.

Zustimmung Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8.13 Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg - wesentliche Inhalte und Auswirkungen auf die Stadt Fürstenwalde/Spree 7/IV/101**Kenntnisnahme****TOP 8.14 Sachstandsbericht zur denkmalgerechten Instandsetzung, Umbau und Sanierung des kurfürstlichen Jagdschlusses 7/IV/122****Kenntnisnahme****TOP 8.15 Übertragung der Zuständigkeit zur Überwachung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit gemäß § 47 Abs. 3a Ordnungsbehördengesetz 7/IV/127****Kenntnisnahme**

TOP 9 Informationen der Verwaltung

Der Bürgermeister informiert bezüglich der notwendigen Sanierung des SCHWAPP. Gegenwärtig ist der Dienstleister beauftragt, vor Ort eine Bestandsaufnahme vorzunehmen.

Des Weiteren hat die Stadt eine Abfrage zum Investitionsbedarf Hallenbäder in kommunaler Trägerschaft erhalten. Es gibt auf höherer Ebene eine Einigung, dass diese einen besonderen Bedarf haben. Die Stadt hat sofort gemeldet mit samt einer Projektskizze und es wird daran gearbeitet, die notwendigen Fördermittel einzuwerben.

Herr Tschepe berichtet, dass der östliche Abschnitt der Lindenstraße im Zuge der fortschreitenden Bauarbeiten ab 23. März für den Durchgangsverkehr geschlossen (eingeschränkt Rettungsfahrzeuge und Busse durchlassen). Für die nächste Terminkette wird eine DS erarbeitet.

Die Nach/Neupflanzung am Ketschendorfer Anger erfolgt nunmehr durch ein renommiertes Unternehmen. Es werden 24 Bäume und 372 Sträucher (insektenfreundlich in 17 verschiedenen Arten und Sorten) gepflanzt.

TOP 10 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung

Es gibt keine Anfragen an die Verwaltung. Die Klärung, warum einige Fraktionsvorsitzende offensichtlich keine Einladung zur Feierstunde der Feuerwehr erhalten haben, wird intern geklärt.

TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 21.50 Uhr. Er bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 11 Seiten.

Uwe Koch

Franka Koch

Vorsitzender

Schriftführerin